



Vorlage Nr. 19-O-20-0002

Az.:

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordenstadt am 13. Februar 2019

Stadtteilzentrum Nordenstadt - Neubau jetzt - Ortsvorsteher -

Stadtteilzentrum Nordenstadt - Planungen jetzt vorantreiben - Baumaßnahmen 2020 beginnen!

Gemeinsamer Antrag des Ortsvorstehers und der Fraktionen CDU, SPD, Freie Wähler für die Ortsbeiratssitzung am 13. Februar 2019

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. Dem Ortsbeirat Nordenstadt das für Anfang 2019 zugesagte Ergebnis der Untersuchungen zum Baurecht mitzuteilen und eventuelle Konsequenzen hieraus umgehend mit dem Ortsbeirat zu beraten.
2. Die Federführung der Realisierung des Neubaus zwischen den Dezernaten I und IV/23 in eine Hand zu legen, um einen weiteren Zeitverlust zu verhindern.
3. Mit den Planungsmitteln von 400.000 € in 2019 die Planung für das neue Stadtteilzentrum Nordenstadt zügig voranzutreiben, abzuschließen sowie für den Neubau die notwendigen finanziellen Mittel kostenwirksam im Doppelhaushalt 2020/2021 bereitzustellen.
4. Sicherzustellen, dass alle Verkaufserlöse der Landeshauptstadt Wiesbaden und der SEG des Neubaugebietes "Hainweg", wie zugesagt, auch zweckgebunden in Nordenstadt eingesetzt werden in Form der Grundschulerweiterung, des Baus einer Einfeldsporthalle sowie des Stadtteilzentrums.
5. Für die Übergangsunterbringung der Nutzer und Mieter des Gemeindezentrums Sorge zu tragen und dies haushaltstechnisch im nächsten Doppelhaushalt abzusichern.
6. Bis zur Realisierung der Übergangslösung das Gemeindezentrum so weit zu ertüchtigen, dass trotz der baulichen Mängel die weitere Nutzung im bisherigen Umfang erhalten bleibt.

Begründung:

Im November 2006 wurde durch den Ortsbeirat Nordenstadt beschlossen, das Gemeindezentrum Nordenstadt durch einen Neubau zu ersetzen. Seitdem wurde in zahlreichen Beschlüssen durch den Ortsbeirat versucht das Projekt voranzutreiben. Inzwischen muss die Fassade nahezu flächendeckend abgesichert werden, da von herabfallenden Teilen eine Gefahr ausgeht.

Am 14. März 2018 erfolgte eine Präsentation einer Machbarkeitsstudie durch die SEG, gemeinsam mit Oberbürgermeister Sven Gerich sowie den Dezernenten Bendel und Kessler. Im Juni 2018 forderte der Ortsbeirat (18-O-20-0024) erneut, die erforderlichen Finanzmittel für den Haushalt 2020 - 2021 zur Verfügung zu stellen.

Für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgte durch den Stadtverordneten und Ortsvorsteher Rainer Pfeifer eine Anfrage, welche mit Schreiben vom 13. Dezember 2018 schriftlich durch Oberbürgermeister Gerich beantwortet wurde.

In diesem Schreiben teilte der Oberbürgermeister mit, dass Mittel zur Umsetzung der Maßnahme vermutlich erst zum Haushalt 2022 - 2023 benötigt werden würden. Allerdings wird weiter ausgeführt, dass die Entscheidung über eine Zusetzung von Mitteln im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im November 2019 gefällt werden. Nach Aussage des Oberbürgermeisters wird jetzt auch geprüft, ob eine Änderung des Bebauungsplans erfolgen muss.

Allein schon aus Sicherheitsaspekten heraus ist jede weitere Verzögerung des Projektes für den Ortsbeirat nicht akzeptabel.

Beschluss Nr. 0002

Antragsgemäß beschlossen

Verteiler:

Dez. I z.w.V.

1016 z.d.A.

Rainer Pfeifer
Ortsvorsteher